



**Stoppt den
Waffenhandel!**

Frage des Monats – im Juni 2012

Gruppen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! haben begonnen, sich an ParteivertreterInnen und Bundestagsabgeordnete zu wenden, damit sich diese für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Die pax christi Gruppe Münster hat dazu die "Frage des Monats" entwickelt. Dabei legt sie den PolitikerInnen des Wahlkreises in vierwöchentlichem Abstand eine Frage Thema zum Waffenhandel vor.

Frage des Monats Juni

An Saudi-Arabien soll eine große Anzahl Leopard-Panzer geliefert werden, obwohl Saudi-Arabien kein EU- oder NATO-Staat ist, nicht demokratisch regiert wird und Menschenrechtsverletzungen begeht. Wir erinnern auch an das gewaltsame Vorgehen saudischer Soldaten gegen demonstrierende Regimegegner in Bahrain.

Die Entscheidung über solche Lieferungen fällt bekanntlich der Bundessicherheitsrat.

Wir fordern: „Legt den Leo an die Kette!“

Wären Sie Mitglied im Bundessicherheitsrat - hätten Sie der Ausfuhrgenehmigung nach Saudi-Arabien zugestimmt?

Es antworteten

- Marc Würfel-Elberg, CDU
- Benjamin Körner, Die Linke
- Christoph Strässer SPD (MdB)

M. Würfel-Elberg, CDU, Leiter Arbeitskreis Außen-, Sicherheitspolitik & Europa, Münster

Die Antwort: Nein! Auch hier muss mehr Transparenz sein!

Dass der Bundessicherheitsrat geheim tagt, ist aufgrund seiner eigentlichen Aufgaben durchaus richtig, aber beim Export von Großgerät sollte mehr Transparenz hergestellt werden, denn eine Geheimhaltung ist in Artikel 26 II Grundgesetz nicht vorgesehen. Eine parlamentarische Kontrolle ist allerdings ebenso wenig vorgesehen und auch nicht erforderlich, wenn genügend Transparenz hergestellt wird. Denn solche Exporte von Großgerät entfalten eine starke Symbolkraft und haben Auswirkungen auf das Ansehen Deutschlands in der Welt. Ein Gebot zur Transparenz würde dazu zwingen, stichhaltige Argumente für Exporte vorzubringen, diese in der Öffentlichkeit zu vertreten und verhindern, dass deutsche Waffen nicht nur zur Verteidigung eingesetzt werden.

Dass in der Vergangenheit immer wieder solche Exporte trotz des Geheimhaltungsgebots an die Öffentlichkeit gelangt sind, zeugt von einem starken Interesse der Öffentlichkeit an diesen. Transparenz bietet dann auch die Möglichkeit, einen sicherheitspolitischen Diskurs zu führen, um möglicherweise gerechtfertigte Interessen durch Waffenexporte zu wahren.

Einem bestehenden Stabilitätsinteresse Deutschlands im Nahen und Mittleren Osten könnte aber nach unserer Auffassung nicht durch die Lieferung von Kampfpanzern an ein nichtdemokratisches Regime wie in Saudi-Arabien gedient werden, da es z.B. bei der Thronfolge durch eventuelle Machtkämpfe zu Krisen kommen kann. Auch Eingriffe Saudi Arabiens in angrenzenden Staaten zur Aufstandsbekämpfung können für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, und da wäre es nicht im deutschen Interesse, wenn Demonstranten ggf. von in Deutschland hergestellten Panzern eingeschüchtert oder bekämpft würden.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Benjamin Körner, Die Linke

Als Mitglied der LINKEN bin ich gegen jeglichen Export von Rüstungsgütern – dies trifft daher besonders auch auf die Lieferung von Kampfpanzern in Konfliktregionen zu. Von mir und jeder/jedem anderen VertreterIn der LINKEN hätte es im Bundessicherheitsrat ein klares Nein gegeben.

Obwohl vor kurzem von der Regierung selbst ein Menschenrechtsbericht vorgelegt wurde, in dem Saudi-Arabien als der größte Menschenrechtsverletzter in der Region bezeichnet wird, werden jetzt Panzer geliefert. Es geht aber nicht nur um die Panzer. Auch Sturmgewehrfabriken werden nach Saudi-Arabien geliefert. Saudische Grenzpolizisten werden von deutschen Polizisten ausgebildet. Auch unter der Regierung von SPD und Grünen wurden 2004 Maschinenpistolen und Gewehre nach Saudi-Arabien geliefert. Diese Waffen werden dort direkt in Kriegssituationen eingesetzt.

Warum stimmen die anderen Parteien solchen Geschäften zu? Eine ganz einfache Antwort ist, dass im Bundestag zu viele Lobbyisten der Rüstungsindustrie sitzen. Geholfen haben sicherlich auch Parteispenden. Die beiden Firmen, die den Leopard Kampfpanzer bauen (Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann), haben im Jahre 2009 über 100.000 Euro an die Koalitionsfraktionen gespendet. Parteispenden von Unternehmen müssen verboten werden.

DIE LINKE ist der Meinung, dass Deutschland überhaupt keine Waffen mehr exportieren sollte und nach Saudi-Arabien schon gar nicht: keine Panzer, keine Waffenfabriken, keine Sturmgewehre.

Christoph Strässer, SPD, MdB

Wäre ich Mitglied des Bundessicherheitsrates, hätte ich keinesfalls der Ausfuhr von Panzern oder anderen Waffen an Saudi Arabien zugestimmt.

Bereits 2011 haben viele Mitglieder der SPD-Münster sowie auch ich uns gegen diese Wafenlieferungen ausgesprochen. Dabei waren wir nicht nur gegen die Lieferungen, sondern vor allem auch gegen die Art und Weise, wie der Bundessicherheitsrat grundsätzlich über Waffenausfuhren entscheiden darf. Wir sind explizit gegen das geheime Verfahren im Bundessicherheitsrat und fordern ein Höchstmaß an Transparenz bei staatlich genehmigten Waffenexporten. Es muss klar werden, wer die Verantwortung für solche schlimmen Fehlentscheidungen, wie bei den Lieferungen an Saudi Arabien, trägt.

Denn ein extrem autoritäres Land wie Saudi-Arabien, dessen Menschenrechtsbilanz verheerend ist und das Bahrain bei der Niederschlagung von friedlichen Demonstrationen unterstützt hat, darf von Deutschland nicht mit Panzern beliefert werden, die laut Kraus Maffei-Werbung besonders gut gegen Einzelpersonen eingesetzt werden können. Deutschland steht in seiner Innen- und Außenpolitik für demokratische Werte, für die Verteidigung und für die friedliche Verbreitung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Wenn die Möglichkeit besteht, dass die von Deutschland gelieferten Waffen zur Niederschlagung von Demokratiebewegungen genutzt werden, müssen wir Abstand von solchen Geschäften auf Kosten der Menschlichkeit nehmen. Insofern ist der Rüstungsexport nach Saudi Arabien ein grober Verstoß gegen die Menschenrechte.

Wenn es um die friedliche Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten geht, dürfen wir keine faulen Kompromisse machen. Auch und vor allem nicht aus rein ökonomischen Gründen. Erst kommt die Menschlichkeit, dann die Ökonomie. Nicht umgekehrt.